Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38 u. in den Nebenannahmestellen von Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11—½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten u. s. w.), bez. 30 Pf. — Nachträge Montags nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. mit 10 Pf. berechnet. Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096. Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstrasse, Fernspr.-A. II. 2100. Mehrjährige Garantie. 6 Mal prämiirt. 80.000 Stück in Function. Kostenfreie Probe. Geräuschlose Thürschliesser. Mit doppelter Luftentleerung. Gewaltsames Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Kgl. Sächs. Hoflieferant, DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben, Fabrik: Fischerplatz.

Gewissenhaft, mässige Preise. Patent-Bureau Reichelt, Dresden-N. Hauptstr. 4. Erwirkg. u. Verwerth. in allen Staaten, Marken-Muster und Gebrauchs-Muster-Schutz. Musterausstellung Auskunft kostenlos. Teleph. Amt II, No. 20. Inhaber: Emil Reichelt, Ing. u. Patent-Anw.

Diätetische Kuranstalt Niederlössnitz bei Dresden. Elektrische Beleuchtung. • Centralheizung. • Prospekte früher Dr. Kadners Sanatorium. Dr. Oeder.

Alle technischen Waaren von Gummi u. Asbest. Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler Heizer sofort. Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Weißenstr. 30 Tel. 2019

Nerven-Leiden jeder Art, sowie Blutarmuth, Bleichsucht, Schwächezustände werden schnell gebessert und gründlich beseitigt durch die berühmten Sanitätsrath Dr. Nagel's Nervenpillen, pr. Schachtel 1,50 Mk. Valett.-Masse 10 g, Milch. Eisen 2,5, Chinin 0,3 g, Rhabarber 5,0, Tokayerbg, Enzianextr 5,0. Alleinverkauf u. Versandt: Königl. Salomonis-Apotheke Dresden, Neumarkt 8 u. Landhausstrasse.

Nr. 14. Spiegel: Versicherung von Arbeiterhinterlassenen. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Schülerfahrten. Hausbesitzervereine. Umsatzsteuer. Gerichtsverhandlungen. „Der Liebestrank". | Muthmaßl. Witterung: Frost. | **Dienstag, 16. Januar 1900.**

Versicherung der Hinterlassenen von Arbeitern.

Der Reichstag hat am Ende der letzten Woche sozialpolitische Verhandlungen gepflogen, deren Gegenstand die Versorgung von Wittwen und Waisen der Arbeiter war. Der Gedanke, auch den Hinterlassenen der Arbeiter in bescheidenem Umfange die Wohlthaten einer Versicherung zu gewähren, die sie nach dem Heimgange ihres Ernährers wenigstens vor der äußersten Noth bewahrt und ihnen das demüthigende Anheimfallen an die Armenpflege erspart, ist gewiß im höchsten Grade beifallswürdig und wird von keinem einsichtigen Sozialpolitiker von der Schwelle aus abgewiesen werden. Gleichwohl muß man sich hüten, bei der Beurtheilung einer solchen Maßregel das Herz mit dem Verstande durchgehen zu lassen und unbesehen zu dekretiren: „Die Sache muß auf der Stelle erledigt werden, koste es, was es wolle." Wo immer eine neue sozialpolitische Maßnahme in Frage kommt, da erscheint es im höheren allgemeinen Interesse dringend geboten, daß alle berufenen Mitarbeiter sich zunächst die Bedingungen klar machen, unter denen eine soziale Politik überhaupt nur möglich ist, daß sie sich die Grenzen vor Augen halten, über die hinaus der Staat mit Rücksicht auf das Bestehen der Gesammtordnung keinesfalls gehen darf, und daß sie dann auf Grund solcher eingehenden und gewissenhaften Erwägungen den Spielraum bemessen, der für eine geplante sozialpolitische Maßnahme verbleibt. Als oberster Gesichtspunkt wird jedenfalls immer festzuhalten sein, daß die Leistungsfähigkeit der beiden großen nationalen Erwerbsfaktoren, der Industrie und der Landwirthschaft, ungeschmälert erhalten bleiben muß, weil sie allein eine groß angelegte Arbeiterwohlfahrtspolitik ermöglicht. Die unverständigen Elemente, die auf sozialem Gebiete immer nur fordern und ganz den Grundsatz vergessen, daß sich in der Beschränkung erst der Meister zeigt, handeln in ihrer Rücksichtslosigkeit gegen Industrie und Landwirthschaft genau so wie der schlechte Wirthschaftspolitiker der Fabel, der die Henne schlachtet, die ihm die goldenen Eier legt. An der materiellen Leistungsfähigkeit der nationalen Wirthschaft findet jede nationale Sozialpolitik ihre natürliche unübersteigliche Schranke: wer das nicht anerkennen will, soll seine Hände von der Mitarbeit an dem sozialpolitischen Gebäude fern halten.

Die Behandlung der vorliegenden Frage im Reichstage ließ auf Seiten der nationalen Parteien im Wesentlichen eine richtige Würdigung der leitenden Grundsätze der Sozialpolitik erkennen. Im Prinzip fand zwar der Gedanke, auch den Hinterbliebenen von Arbeitern eine Unterstützung auf Grund der sozialen Versicherung zu gewähren, ungetheilte Zustimmung auf allen Seiten. Zugleich aber wurde auch die aus der Ausführung des Planes erwachsende Mehrbelastung für Industrie und Landwirthschaft in Höhe von 100 Millionen Mark ernstlich gewürdigt und das Ergebniß dieser Prüfung war von Seiten der industriellen Vertreter ein verklausulirtes „Ja", seitens der Wortführer der Landwirthschaft ein gleichfalls verklausulirtes „Nein". Die Industrie erklärte: „Wir können zur Noth auch diese Belastung noch ertragen, vorausgesetzt, daß der jetzige wirthschaftliche Aufschwung noch weiter anhält und nicht durch die Neuordnung unserer Handelsbeziehungen oder sonstwie eine Krisis über uns hereinbricht. Bemerkenswerth ist, daß die Initiative zu dem Antrag eine industrielle war und gerade von dem viel geschmähten Freiherrn v. Stumm ausging, der dadurch den sittlichen Ernst seiner arbeiterfreundlichen Gesinnung deutlich bekundete. Die Landwirthschaft sprach sich dahin aus: „Wir können neue Lasten nicht übernehmen, so lange nicht eine gerechtere Regelung der Armenlasten zwischen Stadt und Land herbeigeführt worden ist."

Dem landwirthschaftlichen Standpunkte suchte auch der Centrumsredner gerecht zu werden, verfiel dabei aber auf den absurden Gedanken, daß er eine Theilung der Maßregel vorschlug und empfahl, sie nur auf die industriellen Arbeiter zu erstrecken, die landwirthschaftlichen Arbeiter dagegen auszunehmen. Dieser eigenartige Ausweg wurde von dem Staatssekretär Grafen Posadowsky sofort mit aller Energie von der Hand gewiesen. Der Minister erklärte, auf eine Ausnahmebehandlung der landwirthschaftlichen Arbeiter werde sich die Regierung auf keinen Fall einlassen, da sonst die Gefahr des Wegzuges ländlicher Arbeiter nach den industriellen Plätzen noch gesteigert würde. Ueberhaupt schien dem Minister die Sache einigermaßen Sorge zu bereiten. Er meinte, man solle doch erst einmal die kassenmäßigen Ergebnisse der Reform der bestehenden drei Versicherungsgesetze abwarten, ehe man Wünsche betreffs der Hinterbliebenenfürsorge ausspreche. In der That würde es von den verhängnißvollsten Folgen begleitet sein, wenn aus diesem Anlaß einer weiteren Entvölkerung des platten Landes irgendwie Vorschub geleistet werden sollte. Der auf dem Lande grassirende Arbeitermangel hat schon jetzt zu der bedrohlichen Erscheinung geführt, daß sich mitten in deutschen Landen ganze Centren von fremdländischen, namentlich polnischen Arbeiterkolonien bilden, deren Schattenseiten für unser nationales Leben nicht erst entwickelt zu werden brauchen. Eine richtige nationale Sozialpolitik muß daher ihre Aufmerksamkeit gerade darauf lenken, wie diesem Uebelstande möglichst zu steuern sei. Von landwirthschaftlicher Seite hat man namentlich eine Beschränkung der Freizügigkeit in Aussicht genommen. Allein freilich dürfte dieses Mittel schwerlich genügen; vielmehr bedarf auch die ländliche Wohnungsfrage einer erhöhten Berücksichtigung in dem Sinne, daß man den ländlichen Arbeitern kleine Heimstätten zu schaffen und sie dadurch an die Scholle zu fesseln sucht. Es ist ja gewiß nicht zu verkennen, daß vielfach wohlmeinende Bestrebungen dieser Art theils an dem ungeeigneten Menschenmaterial der ländlichen Arbeiter selbst, theils an den erheblichen Kosten Schiffbruch leiden. Trotzdem muß aber der Versuch bei der unermeßlichen Wichtigkeit der Sache doch immer wieder gemacht werden, und so weit insbesondere die Kosten in Frage kommen, wird eine planmäßige staatliche Hilfspolitik zu Gunsten der Landwirthschaft, nicht zum Wenigsten auf dem Gebiete der Handelsverträge, das Ihrige thun müssen, um der Landwirthschaft die Aufbringung größerer Lasten zu sozialpolitischen Zwecken zu ermöglichen. Dies vorausgesetzt, ist nicht zu verkennen, daß auch die Hinterbliebenenfürsorge einen wirksamen Hebel zur Wiederbevölkerung des platten Landes abgeben würde. Neben der Herstellung von Heimstätten läßt sich kaum ein stärkerer Anreiz zum Bleiben für die ländlichen Arbeiter schaffen, als wenn ihren Hinterbliebenen eine angemessene Fürsorge gewährleistet wird. Es ist daher durchaus zu wünschen, daß die Lage der Landwirthschaft sehr bald eine derartige werden möge, die ihr die Zustimmung zu einer Hinterbliebenenfürsorge für ländliche und industrielle Arbeiter ermöglicht. In jedem Falle aber ist die Einführung dieser erweiterten Versicherung nur durchführbar für alle Arbeiter ohne Ausnahme. Das ist auch im Reichstage auf nationaler Seite richtig erkannt worden und der Trennungsvorschlag des Centrums hat übereinstimmende Abweisung erfahren. Nur die Ultramontanen selbst wollten die nationale Schädlichkeit einer getrennten Hinterbliebenenversicherung nicht einsehen und bewiesen damit auf's Neue ihre Unfähigkeit, sich in ein wirklich nationales Denken und Empfinden hinein zu versetzen.

Aus den Erklärungen des Grafen Posadowsky verdient noch die Stelle hervorgehoben zu werden, die von der Ausdehnung der Frist für die Gewährung der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen handelt. Der Staatssekretär gab die bestimmte Zusicherung, daß dieser Punkt unmittelbar nach der gegenwärtig dem Hause vorliegenden Reform der Unfallversicherung erledigt werden solle. Für die Arbeiterschaft bedeutet diese Zusage eine neue weitgehende Verbesserung ihrer Lage, angesichts deren die betheiligten Kreise sich über die vorläufige Zurückstellung der Hinterbliebenenfürsorge — es ist keine Kommissionsberathung beschlossen, sondern nur eine Resolution zu Gunsten der Reform angenommen worden — vernünftiger Weise wohl damit trösten dürften, daß ein Sperling in der Hand besser ist als eine Taube auf dem Dache. Wenn jetzt ein Arbeiter erkrankt und zugleich invalide wird, hat er nur für 13 Wochen Anspruch auf Krankenunterstützung, während der Rentenanspruch erst mit der 26. Woche beginnt. Die dazwischen liegende versorgungslose Zeit ist in sehr vielen Fällen die Ursache großen Elends. Der beste Fall ist noch der, daß blos die Ersparnisse aufgebraucht werden. Nur zu oft aber kommt es vor, daß in jener Frist auch das Verlaßamt in Anspruch genommen werden muß und daß die Familie schließlich von Allem entblößt im bittersten Mangel dasteht, wenn die 26 Wochen endlich um sind. Wenn die Dinge einmal so weit gediehen sind, hilft die Rente allein nicht mehr. Da kann es dann kommen, daß eine fleißige und tüchtige Arbeiter-Existenz die Folgen der unseligen 13 Wochen ihr Leben lang zu spüren hat und nie wieder so recht festen Fuß im wirthschaftlichen Leben zu fassen vermag. Daß diese schwere Unzuträglichkeit in der bestehenden Gesetzgebung unverzüglich beseitigt werde, ist allerdings ein unumgängliches Erforderniß der sozialen Fürsorge für die Arbeiterschaft, dessen von der Regierung in so loyaler Weise verheißene Erfüllung wohl manchen einsichtigen Arbeiter, der durch den sozialdemokratischen Terrorismus an der freien Meinungsäußerung behindert ist, im Stillen davon überzeugen dürfte, daß das wahre Wohl der arbeitenden Klassen nur von einem starken monarchischen Regiment innerhalb der Grundlagen der bestehenden Ordnung gewährleistet und gefördert werden kann. Ueberhaupt haben die in Rede stehenden Verhandlungen auf's Neue gezeigt, daß das Deutsche Reich mit seiner Sozialpolitik vollauf das gute soziale Gewissen für sich in Anspruch nehmen darf, das Fürst Bismarck bei seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie stets nachdrücklich für den Staat reklamirte und zu dessen Stärkung nach seinem eigenen Zeugnisse gerade die soziale Gesetzgebung dienen sollte. Was auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge von dem Deutschen Reiche geleistet wird, ist so hervorragend und wirkt so segensreich, daß jedem sozialrevolutionären Agitator das Wort in der Kehle stecken bleiben müßte, wenn er es ferner wagen wollte, die alte elende Verleumdung von dem „bischen" Arbeiterversicherung nachzuplappern.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Januar.

Berlin. Das Befinden der Prinzessin Heinrich ist, wie aus Kiel gemeldet wird, fortgesetzt gut. — Der Kaiser und die Kaiserin ließen am gestrigen Sterbetage des Vaters der Kaiserin, des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, einen kostbaren Kranz mit Widmungsschleife auf dessen Ruhestätte in Primkenau niederlegen. — Zum Präsidenten der Seehandlung ist als Nachfolger des Freiherrn v. Zedlitz der Geh. Oberfinanzrath und vortragende Rath im Finanzministerium Havenstein ernannt worden. — Der deutsche Landwirthschaftsrath hält seine diesjährige Plenarversammlung vom 5. bis 9. März in Berlin ab. Das preußische Landesökonomie-Kollegium tagt vom 12. bis 14. März. — Für die Einführung des elektrischen Betriebs auf der Wannseebahn (Berlin-Potsdam) sind die Vorbereitungen soweit vorgeschritten, daß ev. schon Mitte März ds. J. der erste Probezug wird abgelassen werden können. — Die Berliner Mitglieder der Freien Vereinigung für Flottenvorträge erlassen nachstehende Aufforderung: „Aus Anlaß der im Präsidium des Flottenvereins eingetretenen Veränderungen und im Vertrauen auf dessen jetzige Leitung sind die Unterzeichneten dem Flottenvereine beigetreten und fordern die übrigen Mitglieder der Freien Vereinigung für Flottenvorträge auf, fernerhin mit dem Flottenvereine Hand in Hand gehen zu wollen. H. Delbrück, M. Sering, S. Lohmeyer, G. Schmoller, A. Wagner, E. Francke." — Die unter Vorsitz des Staatskommissars in Anwesenheit von Vertretern des Landwirthschafts- und des Handelsministeriums heute stattgefundene Berathung der Delegirten der Landwirthschaft und des Produktenhandels hat zu so befriedigenden Resultaten geführt, daß in absehbarer Zeit das Wiedererstehen einer Produktenbörse in Berlin erwartet werden darf. — Der Ausschmückungskommission des Reichstags legte Prof. Bluhl eine Skizze zu dem in der Wandelhalle des Reichstags zu errichtenden Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Achtelgröße vor. Kaiser Wilhelm steht, den Schwarzen Adlerorden auf der Brust, den Mantel der Ritter des Schwarzen Adlerordens umgeworfen, ohne Kopfbedeckung aufrecht, indem er die eine Hand auf die Verfassung legt. Die Skizze fand allgemeine Anerkennung seitens der Kommission, doch soll künftig eine Skizze in Viertelgröße vorgelegt werden. Sodann folgte eine Auseinandersetzung mit dem Prof. Stuck in München über den bekannten Deckenfries „Die Jagd nach dem Glück". Dieser Fries war nach Verhandlungen zwischen dem Geh. Baurath Wallot, dem damaligen Bauleiter, und dem Künstler von letzterem zur Ausschmückung des Reichstagshauses gearbeitet und probeweise im Vorsaal zu den Präsidentenzimmern angebracht worden. Aus der Mitte des Reichstags, namentlich von Dr. Lieber, wurde bekanntlich das Kunstwerk einer scharfen Kritik unterzogen. Dem Künstler war zu den Vorarbeiten ein sehr ansehnlicher Vorschuß gewährt worden; mit ihm wurden dann Unterhandlungen wegen Aenderung des Frieses gepflogen. Die Ausschmückungskommission beschäftigte sich schließlich mit dieser Angelegenheit und lehnte die Annahme des Frieses ab, worauf der Rücktritt des Baurathes Wallot von der Bauleitung des Reichstagshauses erfolgte. Wallot leitet seitdem nur noch den Bau des begonnenen Reichstags-Präsidialgebäudes. Von der Ausschmückungskommission war dem Reichsamt des Innern die Aufgabe zugewiesen worden, mit Prof. Stuck sich zu arrangiren. Das Reichsamt hat sich auch mit diesem in Verbindung gesetzt und eine mit finanziellen Garantien ausgestattete Vereinbarung getroffen. Diese Vereinbarung lag heute der Kommission vor und wurde von dieser genehmigt, womit die leidige Angelegenheit aus der Welt geschafft ist. Zum Schmuck der Decke des Bundesrathssaals im Reichstagshause mit Gemälden hatte Prof. Seeliger Vorlagen gemacht. Von der Kommission wurde hier ein engeres Ausschreiben in Erwägung gezogen.

Wien. Oesterreichische Delegation (Plenarsitzung). Vor dem Uebergange zur Tagesordnung ersucht der Präsident die Delegirten, sich an die Sache zu halten und eine Besprechung der inneren Politik zu unterlassen. Die Delegation setzte darauf die Debatte über den Voranschlag des Ministeriums des Aeußern fort. Dzieduszycki hält den Dreibund mit Rücksicht auf die Dienste, welche er dem Frieden geleistet, für werthvoll; doch sei es nothwendig, daß die Verbündeten auch die gegenseitigen wirthschaftlichen Interessen fördern, da hierdurch Sympathien hervorgerufen würden. Redner weist vor Allem darauf hin, daß die Veterinär-Konvention zwischen Oesterreich und Deutschland von Seiten Deutschlands in einer Weise gehandhabt werde, welche die Ausfuhr österreichischen Viehes, sowohl des Horn- als des Borstenviehes geradezu ausschließe. Der Polenklub werde jedenfalls beim Fortdauern dieser Mißstände Gegenmaßregeln fordern. Mit Genugthuung nimmt Redner die Mittheilung entgegen, das Ministerium des Aeußern habe mit Erfolg in der Angelegenheit der Ausweisungen aus Preußen intervenirt und die Nachrichten in dieser Angelegenheit seien übertrieben. Redner würde wünschen, daß diese Nachrichten ganz falsch seien, ungeachtet der des großen deutschen Volkes unwürdigen Ausführungen mancher reichsdeutschen Blätter, welche eine Gefahr darin erblickten, wenn nicht ausschließlich deutsche Arbeiter in das Reich kommen. Redner fordert Vermehrung der Konsularstellen im Osten Preußens und schließt mit der Erklärung, er werde für das Budget stimmen in der Hoffnung, daß das Ministerium des Aeußern die wirthschaftlichen Interessen fördern werde.

* **Wien.** (Privatkorrespondenz.) Die „N. Fr. Pr." meldet: Das Ministerium Wittek demissionirt am Mittwoch, das Kabinet Korber wird am Freitag ernannt. Landsmannminister wird der erste Vizepräses der Abgeordneten, Pientoke.

Amsterdam. Der Verkehr der Dampferlinie Enkhuizen-Stavoren ist durch Eis gestört.

London. Die „Times" melden aus Pietermaritzburg vom 13. ds. M., daß den ganzen Tag heliographische Verbindung mit Ladysmith aufrecht erhalten worden sei. — Aus Pretoria meldet „Reuter's Bur.": Eine aus dem Hauptquartier der Buren bei Ladysmith eingetroffene Depesche vom 12. Januar besagt: Ein Dr. Caldwell wurde vom Kriegsgericht wegen Verraths zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt, weil er mit der Absicht, sich den englischen Truppen anzuschließen, desertirte. — Lukas Meyer ist in Colenso angekommen. — Die Buren haben am 12. Januar wieder begonnen Mafeking zu beschießen. — Aus Durban wird gemeldet: Sämmtliche auswärtigen Militär-Attachés sind heute in Begleitung des Oberst Ivor Herbert hier eingetroffen und begeben sich morgen nach Kapstadt, um sich dem Gefolge des Feldmarschalls Lord Roberts anzuschließen.

Christiania. Der Storthing bewilligte mit allen gegen 2 Stimmen Stipendien im Betrage von 16,000 Kronen für Offiziere, die sich nach Südafrika begeben sollen.

Belgrad. Wegen der Amnestiefrage ist eine Ministerkrise ausgebrochen. Der König wollte am griechischen Neujahrstage die Begnadigung sämmtlicher im Hochverrathsprozeß Verurtheilten verfügen. Der Ministerpräsident und die übrigen Minister widersetzten sich, und das gesammte Kabinet gab seine Demission. Die Bildung eines fortschrittlichen Kabinets gilt als wahrscheinlich.

* **New-Orleans.** Das seit dem 10. Januar im Hafen liegende deutsche Schulschiff „Moltke" wurde von Tausenden besucht. Die Zeitungen, sowohl die in englischer, wie die in französischer Sprache erscheinenden, rühmen einstimmig die Strammheit der Seeleute, wie auch die Sauberkeit und Gastlichkeit an Bord dieses Kriegsschiffes. Bei dem Besuche, den der Kommandant Schröder gestern dem Bürgermeister Flower abstattete, trank dieser auf den deutschen Kaiser. Schröder toastete auf den Präsidenten Mac Kinley. Alle öffentlichen und zahlreiche Privatgebäude sind mit deutschen Fahnen geschmückt. Heute veranstalteten die deutschen Vereine ein Festmahl. Die Deutschen von Pittsburg und Allgheny richteten ein Begrüßungstelegramm an die Offiziere und Mannschaften des „Moltke", worin der Hoffnung Ausdruck gegeben ist, daß die von dem Grafen Bülow bei der Taufe des Schnelldampfers „Deutschland" ausgesprochenen Wünsche verwirklicht werden.

Singapore. Prinz Heinrich von Preußen ist heute an Bord der „Preußen" abgereist.

Die **Berliner Börse** setzte heute etwas schwächer ein. Die Spekulation vermuthet, daß trotz des offiziösen Dementis die Reise des Viceadmirals v. Senden-Bibran nach London mit Besprechungen wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe zusammenhänge. Auch Meldungen aus London über eine muthmaßliche Niederlage Buller's verstimmten. Später befestigte sich die Haltung, doch wurde das Geschäft sehr ruhig. Nur in Bergwerken ging es lebhafter zu, namentlich in Bochumer, Laurahütte und

Densow's Eiernudeln | Germania-Maccaroni | werden allgemein bevorzugt.